

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
<i>A. Einführung: Kollisionsrechtsvereinheitlichung in Europa</i>	1
<i>B. Fragestellung</i>	5
<i>C. Themenbegrenzung</i>	8
<i>D. Gang der Untersuchung</i>	11
Erstes Kapitel: Grundlagen	12
<i>A. Die klassische kollisionsrechtliche Methodik als Grundlage des vereinheitlichten IPR</i>	12
<i>B. Grenzen des Handlungsspielraums der Europäischen Union bei der Kollisionsrechtsvereinheitlichung</i>	22
<i>C. Die Herleitung von Anknüpfungsprinzipien des Europäischen Kollisionsrechts</i>	30
Zweites Kapitel: Mobilitätsförderung als grundfreiheitliche Wertungsvorgabe für das Kollisionsrecht	41
<i>A. Das unionsrechtliche Freizügigkeitsregime im Binnenmarkt und dem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts</i>	41
<i>B. Die Grundfreiheiten in ihrer Funktion als Wertungsvorgaben für das IPR</i>	44
<i>C. Mobilitätsförderung als Anknüpfungsprinzip des Europäischen Kollisionsrechts</i>	64

<i>D. Ergebnis.</i>	84
---------------------------	----

Drittes Kapitel: Diskriminierungsfreie Kollisionsnormen	85
---	----

<i>A. Diskriminierungsverbote im Recht der Europäischen Union.</i>	85
--	----

<i>B. Kollisionsrechtliche Konsequenzen des Verbots der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit</i>	87
---	----

<i>C. Verbot der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts</i>	102
---	-----

<i>D. Ergebnis.</i>	106
---------------------------	-----

Viertes Kapitel: Effizienz als Ziel der Kollisionsrechtsvereinheitlichung im Binnenmarkt.	107
--	-----

<i>A. Begriffsklärung: Ökonomische Effizienz</i>	107
--	-----

<i>B. Ökonomische Effizienz als Vorgabe des Primärrechts für das Europäische Kollisionsrecht</i>	110
--	-----

<i>C. Effizienz als Anknüpfungsprinzip des Europäischen Kollisionsrechts</i> ...	113
--	-----

<i>D. Ergebnis.</i>	137
---------------------------	-----

Fünftes Kapitel: Sozialpolitik der EU durch kollisionsrechtlichen Schwächerenschutz.	138
---	-----

<i>A. Die soziale Dimension der europäischen Integration.</i>	138
---	-----

<i>B. Verbraucherschutz</i>	139
-----------------------------------	-----

<i>C. Arbeitnehmerschutz</i>	144
------------------------------------	-----

<i>D. Schutz der schwächeren Partei durch die Beschränkung des Kreises der wählbaren Rechte</i>	149
---	-----

<i>E. Schwächerenschutz durch objektive Anknüpfungen</i>	152
--	-----

<i>F. Ergebnis.</i>	155
---------------------------	-----

Sechstes Kapitel: Die Rolle integrationspolitischer Anknüpfungsprinzipien bei der Auslegung und Rechtsfortbildung im Europäischen Kollisionsrecht	156
---	-----

<i>A. Willenszentrierte Auslegung des Anknüpfungsmoments „gewöhnlicher Aufenthalt“</i>	157
--	-----

<i>B. Internationale Prospekthaftung.</i>	166
---	-----

Siebttes Kapitel: Das Europäische Kollisionsrecht zwischen dem klassischen Prinzip der engsten Verbindung und Materialisierungstendenzen	186
<i>A. Das Prinzip der engsten Verbindung im Europäischen Kollisionsrecht</i>	186
<i>B. Das Verhältnis zwischen dem Prinzip der engsten Verbindung und am Zweck der Sachnorm orientierten Anknüpfungen</i>	196
<i>C. Materialisierungstendenzen im Europäischen Kollisionsrecht</i>	203
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	219
Literaturverzeichnis	223
Sachregister	251

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XI
Einleitung	1
<i>A. Einführung: Kollisionsrechtsvereinheitlichung in Europa</i>	1
<i>B. Fragestellung</i>	5
<i>C. Themenbegrenzung</i>	8
<i>D. Gang der Untersuchung</i>	11
Erstes Kapitel: Grundlagen	12
<i>A. Die klassische kollisionsrechtliche Methodik als Grundlage des vereinheitlichten IPR</i>	12
I. Koordinierung von Privatrechtsordnungen	12
II. Die Anerkennungsmethode	14
III. <i>Savigny</i> und die klassische Verweisungstechnik	18
IV. Die Wahl von Anknüpfungspunkten im klassischen Kollisionsrecht <i>Savigny'scher</i> Prägung	20
V. Zusammenfassung	22
<i>B. Grenzen des Handlungsspielraums der Europäischen Union bei der Kollisionsrechtsvereinheitlichung</i>	22
I. Rechtsnatur und Zielgerichtetheit der Europäischen Union	22
II. Rechtswirkungen der Unionszielbestimmungen	23
III. Rechtsgrundlage für die Kollisionsrechtsvereinheitlichung	25
1. Rechtslage vor dem Vertrag von Lissabon	25
2. Rechtslage nach dem Vertrag von Lissabon: Entkopplung vom Binnenmarktgedanken	26

3. Mobilitätsförderung und Effizienz als Maximen eines binnenmarktfreundlichen Kollisionsrechts	27
IV. Berücksichtigung subjektiv-rechtlicher Garantien	28
V. Zusammenfassung	30
<i>C. Die Herleitung von Anknüpfungsprinzipien des Europäischen Kollisionsrechts</i>	<i>30</i>
I. Anknüpfungsprinzipien als Rechtsprinzipien	30
1. Begriff des Rechtsprinzips	30
2. Methodik der Herleitung von Rechtsprinzipien	34
II. Ansatzpunkte für die Suche nach den Anknüpfungsprinzipien des Europäischen Kollisionsrechts	35
1. Das Primärrecht als Quelle unionspezifischer Anknüpfungsprinzipien	36
2. Induktive Herleitung aus den Sekundärrechtsakten des Europäischen Kollisionsrechts	36
3. Anknüpfungen im Europäischen Kollisionsrecht als Ergebnis des politischen Prozesses	38
III. Zusammenfassung	39
 Zweites Kapitel: Mobilitätsförderung als grundfreiheitliche Wertungsvorgabe für das Kollisionsrecht	 41
<i>A. Das unionsrechtliche Freizügigkeitsregime im Binnenmarkt und dem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts</i>	<i>41</i>
I. Weitgehender Mobilitätsschutz durch die Grundfreiheiten als Kernelement des Binnenmarktes	41
II. Mobilitätsschutz auch im nichtwirtschaftlichen Personenverkehr	43
<i>B. Die Grundfreiheiten in ihrer Funktion als Wertungsvorgaben für das IPR</i>	<i>44</i>
I. Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur zum Verhältnis zwischen Grundfreiheiten und IPR	45
1. Rechtsprechung des EuGH	45
a) Internationales Gesellschaftsrecht	45
b) Internationales Namensrecht	48
c) Zusammenfassung	50
2. In der Literatur vertretene Ansätze	50
a) Grundfreiheiten als versteckte Kollisionsnormen	50
b) Kollisionsrechtliche Indifferenz der Beschränkungsverbote	52
c) Relevanz der Grundfreiheiten für das Kollisionsrecht	52
II. Stellungnahme zu den kollisionsrechtlichen Implikationen der Grundfreiheiten	53

1. „Verständigungsschwierigkeiten“ zwischen Grundfreiheiten und IPR	53
2. Fallgruppen von Grundfreiheitsbeschränkungen durch Normen des Privatrechts	54
a) Nachteilige Regelungen des verwiesenen Sachrechts.	54
b) Statutenwechsel und der Untergang wohlervorbener Rechte. ...	56
c) Anwendbarkeit des ausländischen Rechts als solche als Beschränkung?	57
d) Grundfreiheitliche Relevanz bestimmter Anknüpfungstechniken	59
3. Die Grundfreiheiten als Wertungsvorgabe für das Europäische Kollisionsrecht	60
4. Essenz der Grundfreiheiten für das Kollisionsrecht: Mobilitätsförderung	62
III. Zusammenfassung	63
<i>C. Mobilitätsförderung als Anknüpfungsprinzip des Europäischen Kollisionsrechts</i>	64
I. Rechtswahlfreiheit als Ausprägung eines mobilitätsfreundlichen Ansatzes	64
1. Die Ausweitung der Rechtswahlmöglichkeiten im Europäischen Kollisionsrecht	64
a) Internationales Schuldrecht	64
b) Außervertragliches Schuldrecht	65
c) Internationales Erb- und Familienrecht.	66
2. Parteiautonomie als Ausprägung eines Prinzips der Mobilitätsförderung	67
a) Mobilitätsgarantien und die Parteiautonomie als Ausdruck der Selbstbestimmung der Unionsbürger	67
b) Flexibilität als Antwort auf die Vielgestaltigkeit der individuellen Interessenlagen mobiler Unionsbürger	68
c) Rechtssicherheit als Voraussetzung für die Ausübung der Mobilitätsgarantien	69
3. Zusammenfassung	71
II. Mobilitätsfreundliche objektive Anknüpfungen	72
1. Flexibilisierung durch den Übergang vom Staatsangehörigkeitsprinzip zur Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt	72
2. Indirekte Rechtswahlfreiheit durch objektive Anknüpfungen	76
a) Der gewöhnliche Aufenthalt als willensensitive Anknüpfung. ...	76
b) Anknüpfung an den Registrierungsort	77
c) Vertragsakzessorische Anknüpfung im Deliktsrecht.	79
3. Normierung eines sekundärrechtlichen Herkunftslandprinzips?	79
a) Absage an ein striktes kollisionsrechtliches Herkunftslandprinzip in den Rom-Verordnungen	79

b) Die objektive Anknüpfung des Schuldvertragsstatuts in Art. 4 Rom I-VO als mobilitätsfreundliche Anknüpfung	82
4. Zusammenfassung	84
D. Ergebnis.	84
 Drittes Kapitel: Diskriminierungsfreie Kollisionsnormen	85
A. Diskriminierungsverbote im Recht der Europäischen Union.	85
B. Kollisionsrechtliche Konsequenzen des Verbots der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit	87
I. Vereinbarkeit der Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit mit dem allgemeinen Diskriminierungsverbot	88
1. Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur	88
2. Vorliegen einer tatbestandlichen Diskriminierung	89
3. Sachliche Gründe für die Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit ..	92
4. Zusammenfassung	94
II. Alternativen zur Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit	94
1. Unbeschränkte Parteiautonomie als diskriminierungsfreie Alternative	94
2. Die Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt	94
III. Diskriminierungsfreie personale Anknüpfungen im Europäischen Kollisionsrecht	97
1. Die Aufenthaltsanknüpfung als Ausdruck eines Strebens nach diskriminierungsfreien Kollisionsnormen	97
2. Lediglich beschränkte Parteiautonomie im Internationalen Familien- und Erbrecht	97
IV. Zusammenfassung	99
V. Behandlung von Doppelstaatern.	99
1. Wahlfreiheit des Doppelstaaters nach der Rechtsprechung des EuGH.	99
2. Behandlung des Doppelstaaters im Europäischen Kollisionsrecht	100
VI. Alternative und kumulative Anknüpfungen	101
C. Verbot der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts	102
D. Ergebnis.	106
 Viertes Kapitel: Effizienz als Ziel der Kollisionsrechtsvereinheitlichung im Binnenmarkt.	107
A. Begriffsklärung: Ökonomische Effizienz	107
I. Pareto-Effizienz	108

II. Kaldor-Hicks-Effizienz.	108
III. Eignung des Effizienzkriteriums als juristische Methode.	109
<i>B. Ökonomische Effizienz als Vorgabe des Primärrechts für das Europäische Kollisionsrecht</i>	110
I. Effizienz als Leitprinzip des Unionsrechts	110
II. Die Binnenmarktklausel des ex-Art. 65 EGV.	112
<i>C. Effizienz als Anknüpfungsprinzip des Europäischen Kollisionsrechts</i> . . .	113
I. Vorbemerkung zur Methodik	113
II. Einzelne effizienzorientierte Anknüpfungen in den Verordnungen Rom I, Rom II und der EuInsVO	115
1. Parteiautonomie als Ausdruck des Effizienzgedankens.	116
a) Effizienz der Parteiautonomie	116
b) Grenzen der Parteiautonomie bei Marktversagen	118
2. Anknüpfung an den Sitz der vertragscharakteristisch leistenden Partei, Art. 4 Rom I-VO	120
3. Allgemeine Anknüpfung an den Erfolgsort im Internationalen Deliktsrecht	123
4. Sonderanknüpfung außervertraglicher Schuldverhältnisse aus Umweltschädigungen in Art. 7 Rom II-Verordnung	125
5. Anknüpfung an das <i>centre of main interests</i> in der EuInsVO	127
a) Effizienz der Anknüpfung an den COMI	127
b) Maßnahmen zur Bekämpfung von <i>forum shopping</i> im Rahmen der Neufassung der EuInsVO	132
6. Gleichlauf zwischen <i>forum</i> und <i>ius</i>	134
<i>D. Ergebnis</i>	137
 Fünftes Kapitel: Sozialpolitik der EU durch kollisionsrechtlichen Schwächerenschutz.	
<i>A. Die soziale Dimension der europäischen Integration</i>	138
<i>B. Verbraucherschutz</i>	139
I. Günstigkeitsprinzip.	139
II. Objektive Anknüpfung an das Aufenthaltsrecht	140
III. Schutz vor einer Abwahl harmonisierten Verbraucherschutzrechts . . .	141
IV. Rechtsgüterschutz für Verbraucher nach der Rom II-Verordnung	143
V. Zusammenfassung: Kollisionsrechtlicher Verbraucherschutz	144
<i>C. Arbeitnehmerschutz</i>	144
I. Günstigkeitsprinzip.	145

II. Objektive Anknüpfung an den Arbeitsort	146
III. Richtlinienkollisionsrecht der Entsenderichtlinie	147
IV. Zusammenfassung	148
<i>D. Schutz der schwächeren Partei durch die Beschränkung des Kreises der wählbaren Rechte</i>	<i>149</i>
I. Schutz von Versicherungsnehmern	149
II. Personenbeförderungsverträge	150
III. Beschränkung des Kreises des wählbaren Rechtsordnungen im Familien- und Erbrecht	151
IV. Zusammenfassung	152
<i>E. Schwächerenschutz durch objektive Anknüpfungen</i>	<i>152</i>
I. Franchisenehmer und Vertriebshändler	152
II. Geschädigtenfreundliche Anknüpfungen im Deliktsrecht	153
III. Zusammenfassung	154
<i>F. Ergebnis</i>	<i>155</i>
 Sechstes Kapitel: Die Rolle integrationspolitischer Anknüpfungsprinzipien bei der Auslegung und Rechtsfortbildung im Europäischen Kollisionsrecht	
	156
<i>A. Willenszentrierte Auslegung des Anknüpfungsmoments „gewöhnlicher Aufenthalt“</i>	<i>157</i>
I. Bislang entwickelte Kriterien zur Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts	157
1. Recht der Mitgliedstaaten	157
2. Diskussionsstand im Europäischen Kollisionsrecht	159
II. Unionsspezifische Auslegung des gewöhnlichen Aufenthalts	161
1. Funktion des gewöhnlichen Aufenthalts im Europäischen Kollisionsrecht	161
2. Willenszentrierte Auslegung des gewöhnlichen Aufenthalts	163
III. Zusammenfassung	166
<i>B. Internationale Prospekthaftung</i>	<i>166</i>
I. Europäische Prospekttrichtlinie	167
II. Das Prospekthaftungsstatut nach der Rom II-Verordnung	168
1. Anwendbarkeit der Rom II-Verordnung	168
2. Defizite der Erfolgsortanknüpfung nach Art. 4 Abs. 1 Rom II-VO . .	169
III. Lösungsansätze in der Literatur <i>de lege lata</i>	171
1. Marktortanknüpfung	171

2. Akzessorische Anknüpfung an die Prospektpflicht bzw. den Zulassungsstaat	172
3. Methodische Begründung der Lösungsansätze	174
IV. Stellungnahme unter Berücksichtigung unionsspezifischer Anknüpfungsprinzipien	175
1. Prinzip der engsten Verbindung als Ausgangspunkt bei einer Heranziehung der Ausweichklausel	175
2. Marktort- und Prospektzulassungsortanknüpfung als mögliche Konkretisierungen der engsten Verbindung	176
3. Mobilitätsförderung und Effizienz als Zielsetzungen eines europäischen Internationalen Prospekthaftungsrechts	178
a) Akzessorische Anknüpfung als Mittel der Mobilitätsförderung ..	178
b) Effizienz des Kapitalmarkts als Anknüpfungsprinzip bei der Internationalen Prospekthaftung	180
4. Die Berücksichtigung von Anlegerschutzaspekten	183
5. Abwägung der einzelnen Prinzipien	184
V. Zusammenfassung	184

Siebttes Kapitel: Das Europäische Kollisionsrecht zwischen dem klassischen Prinzip der engsten Verbindung und Materialisierungstendenzen

186

A. Das Prinzip der engsten Verbindung im Europäischen Kollisionsrecht

186

I. Das Prinzip der engsten Verbindung und der Unionsgesetzgeber als „neutraler Schiedsrichter“	187
II. Konkretisierung der engsten Verbindung durch Verweisungsnormen ..	189
1. Keine Generalklausel	189
2. Auffanganknüpfungen an die engste Verbindung	190
3. Die engste Verbindung als Leitprinzip ausdifferenzierter Anknüpfungen	191
III. Ausweichklauseln	193
IV. Zusammenfassung	195

B. Das Verhältnis zwischen dem Prinzip der engsten Verbindung und am Zweck der Sachnorm orientierten Anknüpfungen

196

I. Binnenfunktion im System der engsten Verbindung	196
1. Unionsspezifische Anknüpfungsprinzipien als Leitlinien bei der Konkretisierung der engsten Verbindung	196
2. Beschränkte Rechtswahlfreiheit im System der engsten Verbindung ..	198
II. Klare Abkehr von der Suche nach der engsten Verbindung	200
1. Unbeschränkte Parteiautonomie	200
2. Durchbrechung des Prinzips der engsten Verbindung zur Verwirklichung sozialer Schutzzwecke	201

III. Zusammenfassung	202
C. <i>Materialisierungstendenzen im Europäischen Kollisionsrecht</i>	203
I. Eigene Rechtsanwendungsinteressen des Unionsgesetzgebers	203
1. Die Sicherung des internationalen Anwendungsbereichs harmonisierten Privatrechts in der EU	203
2. Favorisierung der <i>lex fori</i> als Eurozentrismus	206
II. Die Materialisierung des Kollisionsrechts als Folge der allgemeinen Politisierung des Privatrechts	206
1. Die allgemeine Tendenz zur Materialisierung des IPR	206
2. „Entsavnignysierung“ des IPR?	209
III. Die Verfolgung europapolitischer Interessen als Spezifikum des Europäischen Kollisionsrechts	211
IV. Kritik: Gefährdung des internationalen Entscheidungseinklangs im Verhältnis zu Drittstaaten	214
V. Zusammenfassung	218
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	219
Literaturverzeichnis	223
Sachregister	251